

An
**Oberbürgermeister
Armin Neudert**
Rathaus

86609 Donauwörth

Stadtrat Gustav Dinger
Referent für Naturschutz
und Landschaftspflege
Tel (Fa) 0906/1636

gustav@dinger-don.de

10.01.2020

Antrag auf „digitale Bürgerbeteiligung“

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

dass es in Kommunen örtliche Themen gibt, die die Gemüter bewegen, ist ganz normal. Teilweise kommt in solchen Fällen zur Bildung von Bürgerinitiativen und/oder Unterschriftensammlungen. Auch wenn dies von den gewählten Stadt- bzw. Gemeinderäten teilweise mit gemischten Gefühlen gesehen wird, so ist dies doch grundsätzlich zu begrüßen und ein wichtiger Teil eines demokratischen Prozesses.

Nach dem Grundgesetz und der Bayerischen Gemeindeordnung ist die Möglichkeit, sich mit Eingaben und Beschwerden an die zuständige Stellen (u.U. Gemeindeverwaltung) und die gewählte Volksvertretung (z.B. Bundestag, Landtag, Kreistag, Gemeinderat) zu wenden, gesetzlich verankert:

[Art. 17 GG:](#)

„Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und die Volksvertretung zu wenden.“

[Art. 56 Abs. 3 BayGO:](#)

„Jeder Gemeindeeinwohner kann sich mit Eingaben und Beschwerden an den Gemeinderat wenden.“

Digitale Bürgerbeteiligung

Es gibt eine ganze Reihe von Kommunen, in denen Bürger*innen mit Hilfe von (kostenlosen) digitalen Lösungen mit ihren gewählten Vertretern Probleme debattieren und die besten Lösungen für die Gesellschaft vorschlagen können.

Beispielhaft ist hier z.B. das Programm [Consul](#) – einem internationalen Großprojekt, das von den für Bürgerbeteiligung zuständigen Institutionen konzipiert wurde. Consul ist eine digitale Open-Source-Plattform, die es Institutionen erlaubt, frei nach ihren Bedürfnissen Modifizierungen und

Veränderungen vorzunehmen. Es ist das umfassendste digitale Instrument für Bürgerbeteiligung. In München wurde jüngst (27.11.2019) der Einsatz dieses Tools, auf [Antrag](#) der SPD-Fraktion [beschlossen](#). Das Programm CONSUL bietet von der Beteiligung an Debatten bis hin zu digitalen Abstimmungen technisch alle Möglichkeiten, die Stadt könnte sich aber z.B. in einem ersten Schritt auf folgende Punkte konzentrieren:

- Einbringen von Verbesserungsvorschlägen durch Bürgerinnen und Bürger,
- Debatten zu aktuellen stadtpolitischen Themen,
- Verfügung über Bürgerhaushalt (die Bürger entscheiden über ein festgelegtes Budget selbst).

Um sicherzustellen, dass politische Auseinandersetzungen auf einer sachlichen und konstruktiven Ebene bleiben, müssen alle Bürgerinnen und Bürger, die sich über CONSUL oder eine vergleichbare browserbasierte Software an politischen Debatten beteiligen möchten, vorab registrieren. Erst nach der Registrierung wären sie dann in der Lage, Anträge zu stellen, zu diskutieren und so Einfluss auf die Gestaltung unserer Stadt zu nehmen.

Ich bitte zu diesem Thema um baldige Beratung und Beschlussfassung.

Mit freundlichen Grüßen

Gustav Dinger

siehe auch:

www.bundestag.de: [Petitionsrecht auf kommunaler Ebene](#)

www.mehr-demokratie.de: [Consul - open participation](#)

www.wikipedia.de: [openPetition](#)

www.opendemokratie.de: [Petitionsrecht 4.0: 5 Empfehlungen für eine Modernisierung des Petitionsrechts in Deutschland](#)

www.openpetition.de: [Petitionsrecht in Kreisen und Kommunen](#)

www.spd-rathausmuenchen.de: [Digitale Bürgerbeteiligung etablieren: München führt schnell neue Beteiligungsformen ein](#)